

## **Selbsttäuschungen, Täuschungen und Lügen der herrschenden TINA-Politik und die Geschichtsvergessenheit ihrer sozialdemokratischen Kritiker<sup>1</sup>**

### **1. Sinkende Wachstumsraten als Problem für soziale Nachhaltigkeit?**

„Die Frage, ob unser Wohlstandsverständnis und die Ausrichtung auf wirtschaftliches Wachstum in der Lage sind, die ökonomischen, gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen zu bewältigen, die sich insbesondere in der Finanz- und Wirtschaftskrise, sozialer Ungleichheit, Klimawandel und der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen zeigen“ (Enquetekommission 2012, 1), beschäftigt seit über einem Jahr die Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages. Eine erste, im nationalstaatlichen Rahmen verbleibende, Antwort darauf ist eher schlicht: „Mit Steuern steuern“ oder „Steuergerechtigkeit – umverteilen“ lauten die Titel einschlägiger neuerer Schwerpunktthemen in kritischen Zeitschriften (Prokla 154, Widerspruch 58); und staatliche Konjunkturprogramme im Rahmen einer abgestimmten europäischen Politik werden als Alternative zu der derzeitigen rigiden Sparpolitik im Zeichen des Fiskalpakts gefordert (Grüne Erklärung 2012, Aufruf „Europa neu begründen“).<sup>2</sup> Neoliberale strikt angebotsorientierte und klassische Keynesianische Konzepte scheinen hier aufeinanderzutreffen. Aber auch wenn kritische Analysen im Blick auf den weiter gesteckten europäischen Handlungsrahmen das Konzept des Fiskalpakts als „Triumph gescheiterter Ideen“ bezeichnen (Lehndorff 2012, FNPA-Jahrestagung 2012), die Protagonisten des neoliberalen Denkens, dass die herrschende Politik unverändert prägt, lassen sich davon, auch noch nach den Wahlen in Frankreich, in keiner Weise beeindrucken.

---

<sup>1</sup> Ich habe den Aufsatz im Oktober 2012 vergeblich einer einschlägigen politikwissenschaftlichen Zeitschrift angeboten, die ihn als zu wenig wissenschaftlich und eher politisch nicht veröffentlnlichen wollte und habe ihn danach auf meiner Homepage eingestellt.

<sup>2</sup> Allespach/Bartmann beziehen sich zur Begründung eines solchen Kurs- oder Pfadwechsels auf die Analyse von J. Stiglitz und J – P. Fitoussi (2009) und argumentieren, sie zitierend, zusammenfassend: „Finanziert werden soll dieser Kurswechsel zu einem ökologischen Wohlfahrtsstaat durch die Rückkehr zum Prinzip der progressiven Besteuerung, insbesondere hoher und höchster Einkommen, flankiert durch eine internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung von Steuerwettbewerb, Lohndämpfung und Sozialdumping, der modernen Versionen der Politiken des ‚Beggar my Neighbour‘ (plündere deinen Nachbarn), die in den 1930er Jahren üblich waren.“ (Allespach/Bartmann 2011, 622)

Bei näherem Hinsehen geht es bei der Frage nach der Finanzierbarkeit eines aktiven demokratischen Sozialstaates<sup>3</sup> nicht einfach um soziale Nachhaltigkeit. Perspektiven sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit müssen vielmehr zusammen gedacht werden. Neben Herausforderungen zu effizienterer Ressourcennutzung geht es hier auch um Fragen der Suffizienz (v. Weizsäcker u.a. 2009) und im Blick auf ein „reiferes zivilisatorisches Modell“ (a. a. O, 396) auch um eine Kritik der Steuerungsmechanismen unserer kapitalistischen Ökonomie.<sup>4</sup> Aber jegliches Nachdenken über Alternativen zur derzeit herrschenden Politik, auf nationaler wie supranationaler Ebene, stößt auch sogleich auf eine massiv verfestigte Gegenposition im Mainstream ökonomischen und politischen Denkens. Danach kommt es heute in der EU allein darauf an, die aktuelle ökonomische Krise, die - fahrlässig oder absichtsvoll verkürzt - im beherrschenden Mainstream des öffentlichen Diskurses im Kern als Schuldenkrise von Mitgliedsstaaten, die über ihre Verhältnisse gelebt haben, interpretiert wird<sup>5</sup>, durch sparsame Haushaltspolitik zu entschärfen. Zusätzliche Impulse für strukturellen Wandel und eine neue Dynamik qualitativen Wachstums werden allenfalls sehr zögerlich innerhalb dieses Rahmens zugestanden. Die Perspektive einer ausschließlich angebotsorientierten Ökonomie wird von der deutschen Regierungspolitik grundsätzlich keine Sekunde lang infrage zu stellen gestattet, und die von sozialdemokratischer Seite, vermehrt seit den Wahlen in Frankreich, propagierten Alternativen lassen sich bislang noch am ehesten als Modifikationen innerhalb dieses Mainstreams interpretieren. Der Entschlossenheit und dem Mut, mit dem Theodor Roosevelt 1932 mit seinem New Deal auf die Weltwirtschaftskrise reagiert hat<sup>6</sup>, steht gegenwärtig noch immer vor allem zögerliche Ratlosigkeit auf Seiten der herrschenden Politik gegenüber.

Die „neoklassische Froschperspektive“ (Zinn 2007,51) rationalen einzelwirtschaftlichen Handelns ist so die einzige, die auch für die Beurteilung volkswirtschaftlicher Entscheidungen zugelassen wird. Und „zweifelsfrei war das

---

<sup>3</sup> Zu den unterschiedlichen Konzipierungen des aktiven, aktivierenden oder demokratischen Sozialstaats siehe weiter unten.

<sup>4</sup> V. Weizsäcker u.a. (2009, 363) formulieren pointiert auf das im BIP gemessene Wachstum: „Das gegenwärtige Wirtschaftswachstum hat sich von der Welt abgekoppelt und ist bedeutungslos geworden. Schlimmer noch. Es ist zu einem blinden Führer geworden.“

<sup>5</sup> Vgl. beispielhaft für eine Kritik aus Keynesianischer Perspektive, die allerdings die ökologische Dimension der gegenwärtigen Krisenentwicklungen nur am Rande streift, Krugman 2012. Im Blick auf die Ursachen der europäischen Währungskrise und die verfehlte Sparpolitik als vorgeblich alternativlose Antwort darauf vgl. dort insbesondere das Kapitel über die „Eurodämmerung“ S. 189ff.

<sup>6</sup> Vgl. in diesem Sinne auch die Kritik von Krugman an der Wirtschaftspolitik Obamas (Krugman 2012, 126ff). Im Hinblick auf Konsequenzen aus den Erfahrungen des New Deal für die Bewältigung der Wettbewerbsschwäche der südeuropäischen Staaten innerhalb der EU heute siehe auch den höchst informativen Rückblick bei J. K. Galbraith (2011).

letzte Jahrzehnt das Jahrzehnt der Angebotspolitik“, schreibt D. Vesper (2008, 453) im Rückblick auf die Jahre seit dem Beginn der rot-grünen Regierungskoalition von 1998. Zentrale Steuerungsinstanz ist die Institution des Marktes. Aber „der Markt, der alles regeln soll, regelt eines am allerschlechtesten: eine verlässliche Kontinuität unseres Arbeitslebens“ (Widmer 2002, 17), und wenig, bzw. im Ergebnis der Entwicklung der letzten Jahrzehnte immer weniger regulierte Arbeitsmärkte funktionieren schlecht; Ein schlanker Staat, der vor allem darauf setzt, der Wirtschaft durch Steuerentlastungen Impulse zu geben, muss in seinen sozialpolitischen Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt sein. Das wurde im Übrigen von J. M. Keynes schon sehr früh zutreffend prognostiziert.<sup>7</sup> Aber Keynes ist für den Mainstream angebotsorientierter Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik ja seit langem zur Unperson geworden (Vgl. Krugman 2012, 109ff) und die neoliberalen Glaubenssätze verhalten sich gegenüber den empirisch immer wieder auftretenden freak-events „von einer launischen oder monströsen Ereignishaftigkeit“ und „wilde(r) Zufälligkeit“ (Vogl 2010, 143) schlicht ignorant. Sie werden von ihren mathematischen Gleichgewichtsmodellen ausgeschlossen.<sup>8</sup>

Von dieser knapp umrissenen Ausgangslage ausgehend will ich zunächst in knappen Zügen die Entwicklung der wohlfahrtsstaatlichen Ökonomien bis hin zur heutigen Krise des Wohlfahrts- oder Sozialstaats und verschiedene Ansätze zur Erklärung seines Aufstiegs und Niedergangs sowie seiner Verteidigung behandeln (Kapitel 2). Da ich systemtheoretischen Erklärungen nicht folge, wird diese Analyse darauf hinauslaufen, das „neolibereale Einheitsdenken“ der Zeit als Ergebnis eines durch Lügen, Täuschungen Selbsttäuschungen und schließlich Realitätsverlust der Politik hergestellten Prozesses kenntlich zu machen. Um diese These zu untermauern, ist es hilfreich, darauf zu verweisen, dass es in der jüngeren Geschichte seit Ende des zwei-

---

<sup>7</sup> Es geht hier also nicht um den „halben“ Keynes antizyklischer Konjunkturpolitik, der seit den Wahlen in Frankreich wieder in den Wirtschaftsteilen der Zeitungen entdeckt wird (z. B. Hoffmann 2012). Zur Keynes'schen Prognose einer langfristigen Stagnation (über (1) eine erste Phase inflationärer Übernachfrage der ersten Nachkriegszeit, dann (2) eine zweite Phase des relativ störungsfreien Gleichgewichts von freiwilliger Ersparnis und freiwilliger Investition und schließlich (3) eine weitere Phase des allmählichen Wirksamwerdens des Sättigungsgesetzes bei Konsum und Investitionen - vgl. Zinn 2007, 56ff. Zinn sieht in seinem daran anschließenden „Plädoyer für einen qualitativen Keynesianismus“ – auf Basis (1) einer Einebnung von Einkommens- und Kaufkraftunterschieden, (2) der Ausdehnung staatlicher Vor- und Fürsorgepolitik sowie (3) verschiedener Formen der Reduktion von Arbeitszeit (a.a.O. 55) - das „wohl bestmögliche Referenzmodell des wirtschaftspolitischen Handelns“ für den Eventualfall einer „massiven Stärkung der oppositionellen Kräfte angesichts des absehbaren Scheiterns der herrschenden Politik, die sich ungebrochen von neoliberalen Glaubenssätzen leiten lässt (Zinn 2007, 56).

<sup>8</sup> Krugman (2012, 123) spricht angesichts einer „schieren Ignoranz“ der Mainstreamökonomie gegenüber den von ihm, Stieglitz u.a. vorgelegten Belegen für die Notwendigkeit einer Rückerinnerung an die Keynesianischen Lehren aus der Weltwirtschaftskrise von 1929ff von einem „Rückfall ins finstere Mittelalter der Makroökonomie“.

ten Weltkriegs ein seitens der offiziellen Politik höchst sorgfältig dokumentiertes und danach von einer externen Beobachterin glänzend analysiertes Beispiel eines eben solchen Prozesses gibt. Daran werde ich in einem dritten Schritt erinnern (Kapitel 3). Danach will ich in der Hoffnung, die immer noch ungebrochene Selbstsicherheit herrschender Krisendeutungen und Lösungsvorschläge nun besser aufbrechen zu können, pointiert die Überlegungen zusammenfassen, auf die sich eine Reformpolitik beziehen könnte, die unter den in den vergangenen gut 30 Jahren aufgebauten wahrhaftig schwierigen Bedingungen versuchen will, ökonomische, ökologische und soziale und damit auch politisch-institutionelle Nachhaltigkeit zu ihren Leitorientierungen zu machen (Kapitel 4).

## **2. Die Entwicklung hin zur heutigen Krise wohlfahrtsstaatlicher Demokratien**

Die ersten Nachkriegsjahrzehnte gelten als die goldenen Jahrzehnte des Fordismus. Sie machen den ökonomisch erfolgreichen Kern des „sozialdemokratischen Jahrhunderts“ aus. Und die kurze Blütephase sozialdemokratischer Reformpolitik, das waren in Deutschland die 1970er Jahre. Sozialstaatliche Regelungen wurden im Ergebnis politischer wie auch gewerkschaftlicher Initiativen ausgebaut. Zugleich gab es einige Impulse zur weiteren Demokratisierung der Gesellschaft, auch in Richtung auf eine stärker partizipative Demokratie<sup>9</sup>. Das rasche Ende dieser Impulse für den prinzipiell immer unabgeschlossen Prozess demokratischer Entwicklung (Heil/Hetzel 2006) scheint den demokratietheoretisch eher skeptischen Einschätzungen der radikalen Demokratinnen H. Arendt Recht zu geben<sup>10</sup>. Mit denen verbindet sich bei ihr aller-

---

<sup>9</sup> Im Rahmen von Willy Brandts „mehr Demokratie wagen“ reicht das vom Ausbau der Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen über Ansätze zur Stärkung betrieblicher Beteiligungsprozesse im Rahmen des HdA-Programms (Fricke u.a. 1982) bis zu R. Jungks Zukunftswerkstätten (Jungk/Müllert 1981) oder P. Dienels Planungszellen (Dienel 1997). Vgl. dazu auch Martens 1998 und Martens 2010, 78-82). Auch Sozialpolitik wird gegen Ende der 1970er Jahre in ersten Debatten um die „Grenzen des Sozialstaats“ als „aktive Gesellschaftspolitik diskutiert – im Blick auf „eine vorbeugende Bekämpfung sozialer Probleme einerseits“ und eine „Demokratisierung des Sozialsektors“ andererseits (Strasser 1979,239).

<sup>10</sup> In seinen ideengeschichtlichen Ursprüngen wurzelt das Denken Arendts bekanntlich in der Anknüpfung an die in der Antike entwickelten Überlegungen der Konstituierung des politischen Raumes, in dem allein Freiheit möglich ist. Gegen jede marxistische Teleologie, die sie zeitlebens bekämpft hat, argumentiert sie, dass „die Republik keiner ‚historischen Notwendigkeit‘ und keiner organischen (oder analog gedachten autopoietischen H. M./P. P. L.) Entwicklung ihre Existenz verdankt, sondern einzig einem voll bewussten und wohl überlegten Akt - der Gründung der Freiheit“ (Arendt 1974,279). Und als einen solchen interpretiert sie die amerikanische Revolution. Zugleich kritisiert sie aber auch in aller Schärfe den „Gedächtnisschwund“ und „katastrophalen Mangel an Urteilskraft“ bei jeglicher späteren „Berührung mit revolutionären Regierungen“ (Arendt 1974, 279), der die weitere Entwicklung der Vereinigten Staaten ausgezeichnet habe. Aus dem „land of the free“ sei

dings wohl noch die Erwartung dass in der Systemkonkurrenz der Wettbewerb „um die Entfaltung der Produktivkräfte, den Wohlstand der Massen, wissenschaftliche Entdeckungen und die Weiterentwicklung der Technik“ gefördert werde, was „nur zu begrüßen“ sei und „in mancher Hinsicht interessante Resultate“ verspreche, in seinen potentiellen gesellschaftspolitischen Wirkungen aber ambivalent sei (Arendt 1974, 280).

Verbindet sich also hier (1962) eine Erwartung weiterer stabiler wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung mit bemerkenswert kritischen Analysen der kaum mehr übrig gebliebenen Prinzipien, die die frühen großen bürgerlichen Revolutionen inspiriert hätten, so ist gut zwei Jahrzehnte später auch dieser wohlfahrtsstaatliche Kompromiss, den Strasser (1979,23ff) zutreffend als „historische Leistung der Sozialdemokratie“ bezeichnet, bereits hochgradig gefährdet. Eine Bilanz, die P. v. Oertzen<sup>11</sup> nach dem Ende des Jahrzehnts sozial-liberaler Reformpolitik 1984 im Blick auf wohlfahrtsstaatliche Demokratie der ersten Nachkriegsjahrzehnte gezogen hat, verdient hier nähere Betrachtung. Er konstatiert im Schlusskapitel seines Plädoyers „für einen neuen Reformismus“:

„Die demokratisch-sozialistische, sozialdemokratische oder sozial-liberale ‚Politik der Reformen‘ ist beim Kampf gegen die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Ausdrucksformen offensichtlich gescheitert und beginnt, nachdem sie bis zur Niederlage fast ohne Kritik auf den letzten Wellen der dreißigjährigen Nachkriegskonjunktur (1945-1975) geschwommen ist, über die Bedingungen und Möglichkeiten der reformerischen Veränderung *des* Kapitalismus nachzudenken und nicht mehr nur über Reformen *im* Kapitalismus“ (v. Oertzen, 1984, 144).

In einer knappen soziologischen und politikwissenschaftlichen Analyse fasst er den Wohlfahrtsstaat als „geschichtliches Produkt der letzten 50 Jahre“ (a. a. O. 41). Drei Bedingungen hebt er als besonders wichtig für seinen Erfolg hervor: (1) die Erfahrungen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise von 1929-39, mit der Regierungs-

---

„das gelobte Land der Armen“ geworden, und es sei so, „als hätte es eine amerikanische Revolution nie gegeben“ (Arendt 1974,278). Von den Prinzipien die die Amerikanische und die Französische Revolution inspiriert hätten – in der Sprache des 18. Jahrhunderts „öffentliche Freiheit, öffentliches Glück, öffentlicher Geist“ - sei „kaum mehr übriggeblieben als ein waches Bewußtsein für die Sicherung der Grundrechte.“ (Arendt 1974, 284).

<sup>11</sup> Also wie Arendt ein radikaler Demokrat, der aus seiner Traditionslinie sozialistischen Denkens heraus immer - wie die politisch unabhängige, vielleicht als ‚Linksheideggerianisch‘ zu charakterisierende Politikwissenschaftlerin und Philosophin Arendt auch - einen starken Akzent auf die rätendemokratischen Traditionen aller großen Revolutionen der Neuzeit gelegt hat (v. Oertzen 1976).

übernahme der Sozialdemokratie in Schweden seit 1932 und mit Roosevelts New Deal in den USA, (2) die Bedrohung und Zerstörung des parlamentarisch-demokratischen Systems durch faschistische Massenbewegungen, die für SPD und Gewerkschaften zur zentralen Begründung für wohlfahrtsstaatliche Politik geworden sei und (3) in Deutschland nach dem Verlust alter Machtpositionen nach 1945 die verstärkte Hinwendung zur inneren Politik (a. a. O. 41f). Als Basis des Wohlfahrtsstaates in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten nennt er dann: (1) die Milderung periodischer Krisen in dieser Zeit (u. a. unter Hinweis auf das Gesetz über Stabilität und Wachstum) sowie (2) die Herstellung eines grundlegenden gesellschaftlichen Konsenses. Beides habe (3) zur Festigung des politischen Systems beigetragen (a. a. O. 43f). Er erwähnt ferner die Bedeutung sozio-kultureller Institutionen und Verhaltensmuster und er betont, dass das Bewusstsein der geschichtlichen Erfahrungen schwinde.

Danach diskutiert er inzwischen, also 1984, erkennbare Probleme des Wohlfahrtsstaates, und verweist hier zusammenfassend auf:

„das Verblässen motivierender geschichtlicher Erfahrungen, auf die – keineswegs naturgesetzlich garantierte – ökonomische Vorbedingung gleichmäßigen krisenfreien Wachstums, auf wachsende sozialpsychologische Widerstände gegen die Umverteilungsmechanismen des Wohlfahrtsstaates, auf die möglicherweise abnehmende Integrationskraft der Arbeiterparteien und auf die Schwächung gesellschaftlicher Sozialisationsinstanzen“ (a. a. O., 58)

Weiter geht er auf „neue auftauchende Krisenfaktoren der Gegenwart“ ein und argumentiert, dass trotz aller wohlfahrtsstaatlichen Milderungen „die immanenten Krisentendenzen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sich wieder zu verstärken“ scheinen (ebd.). dazu verweist er auf verlangsamtes Wachstum, zunehmende Arbeitslosigkeit, anwachsende Inflation, eine sich zuspitzende Finanzkrise des Staates (ebd.), um dann zuzuspitzen:

“Hinzu tritt, dass das noch vorhandene ökonomische Wachstum zunehmend einen destruktiven und parasitären Charakter annimmt. Und wenn diese Entwicklung auch objektiv erst in Ansätzen sichtbar ist, so wird sie doch von wachsenden Teilen der Bevölkerung als dramatisch erlebt. Als besonders bedrohlich wird die Vergeudung unersetzlicher Rohstoffe und die Beeinträchtigung oder Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen empfunden (ökologische Krise)“ (a. a. O.59).

Zudem gebe die Schwierigkeit, „der Konkurrenzdemokratie, gegen die Augenblicksstimmungen ihrer Wähler eine langfristige und unter Umständen erst einmal unpopu-

läre Politik durchzusetzen.“ (ebd.)<sup>12</sup> Bei all dem gehe es „keineswegs (um) die gegenwärtige Wirklichkeit“, sondern um „Entwicklungstendenzen und zukünftige Möglichkeiten“ (a. a. O: 61). Dabei unterscheidet er vier denkbare Szenarien: (1) ein weiteres, letztlich problemverschärfendes Durchwursteln, (2) eine Aufkündigung des wohlfahrtsstaatlichen Konsenses durch eine kapitalistische Reinigungskrise mit fraglichen ökonomischen und bedrohlichen politischen Aussichten, (3) eine korporatistische Lösung, die den wohlfahrtsstaatlichen Kompromiss im Kern aufrechterhalte, aber den Kreis der von ihm Begünstigten beschränke und (4) eine Fortentwicklung des Wohlfahrtsstaates hin zum demokratischen Sozialismus, gekennzeichnet durch öffentliche demokratische Kontrolle und teilweise Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft, verstärkte demokratische Partizipation der Unterklassen usw. (a. a. O. 61f).

H. Matthöfer hat einige Jahre zuvor nach dem Scheitern seines Konzepts, zur Umstrukturierung der Wirtschaft in der Wirtschaft selbst (vgl. Abelshausen 2009, 521)<sup>13</sup> mittels steuerpolitischer Maßnahmen auf dem Münchner Parteitag der SPD vor „blankem Illusionismus“ gewarnt (a.a.O., 531). Wie der Bundeskanzler hat Matthöfer seinerzeit sicherlich nicht die von v. Oertzen zwei Jahre später aufgemachten vier Szenarien vor Augen gehabt. Er hat aber als vehementer, aber illusionsloser Verfechter sozialdemokratischer Reformpolitik ein Konzept „einer strukturpolitisch einge-

---

<sup>12</sup> V. Oertzen argumentiert hier erkennbar vor dem Hintergrund der Erfahrungen des gescheiterten Versuchs des letzten Finanzministers der sozial-liberalen Koalition, H. Matthöfer zur Einführung einer Mineralölsteuer. In den Jahren 1981/82, gegen Ende der Kanzlerschaft von H. Schmidt, hatte der seine Position in einer Denkschrift „Mut zur Vollbeschäftigung“ argumentativ umfassend - im Hinblick auf Erhöhung der Staatseinnahmen mit dem Ziel stärkerer staatlicher Investitionstätigkeit für strukturpolitische Veränderungen und ohne zusätzliche Staatsverschuldung – begründet. Er gewann dafür zwar die Unterstützung des Kanzlers, stieß aber innerhalb der SPD wie auch seitens der Gewerkschaften auf weit überwiegende Ablehnung, weil das Positionspapier vor allem als Bruch mit dem stetigen Ausbau sozialstaatlicher Regelungen in den 1970er Jahren aufgefasst wurde. Der damalige politische Prozess, an dessen Ende sich die FDP nach dem Scheitern der sozial-liberalen Koalition „mit ihren rein umverteilungspolitisch motivierten Maßnahmen zugunsten der oberen Einkommensschichten voll durchsetzen konnte“ (Matthöfer nach Abelshausen 2009, 527), ist ausführlich abgehandelt bei Abelshausen 2009, 516-536. Das entsprechende Kapitel hat dort den treffenden Titel „Die Aporie der Politik“.

<sup>13</sup> Die Intention war die „Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Innovation; Erschließung neuer Energiequellen und schonender Umgang mit begrenzten natürlichen Ressourcen; Verbesserung der Umweltqualität des wirtschaftlichen Wachstums; Verbesserung der Arbeitsbedingungen; Entwicklung geeigneter Technologien für die Entwicklungsländer; Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch neue Produktionstechniken; Beherrschung der neuen Entwicklung in der Mikroelektronik, Datenverarbeitung und Kommunikation“ (Matthöfer nach Abelshausen 2009, 533). Peter Glotz (1986, 144) kommentiert später: „Der gute, ökonomisch durchdachte Plan Matthöfers ist vom Tisch; das war allerdings nicht nur die FDP, sondern das waren wir selber auch.“

setzten Ökosteuer“ verfolgt – dabei also in der gemischten Wirtschaft der ersten Nachkriegsjahrzehnte einen auch unternehmerisch aktiven Staat als Akteur strukturpolitischer steuerungsmaßnahmen vor Augen -, das damals noch „die Chance in sich barg, seiner (des Kanzlers, H.M.) erodierenden politischen Macht neue Substanz zu verleihen“ (a.a.O. 529) – und so machtpolitisch die Öffnung für v. Oertzens viertes Szenario unter den damaligen Bedingungen des schon einsetzenden neoliberalen Rollbacks besser offen zu halten.<sup>14</sup>

Krugman (2012,110) charakterisiert den in den drei folgenden Jahrzehnten eingetretenen „Klimawechsel“ pointiert, wenn er den von ihm auf Seiten der politischen Rechten in den USA nachgezeichneten „Hass“ gegen die „moderat konservative Botschaft von Keynes wie folgt erklärt: „Keynes forderte zwar nur mäßige und gezielte staatliche Eingriffe, doch den Konservativen war schon das zu viel: Wenn man dem Staat erst einmal zugesteht, dass er bei der Bekämpfung von Krisen eine sinnvolle Rolle spielen kann, dann lebt man, ehe man es sich versieht im Sozialismus.“ Mit anderen Worten: Instinktsicher und mit allen Mitteln sucht man hier, jeglichen denkbaren Anfängen eines „neuen Reformismus“ (v. Oertzen) entgegenzutreten.

Wie Abelshauser sozusagen am Rande vermerkt, war die Ökosteuer der rot-grünen Koalition 18 Jahre nach dem Ende der sozial-liberalen Koalition dann insoweit um die strukturpolitisch innovative Seite bereinigt, als die Steuereinnahmen wesentlich zur Finanzierung sozialpolitischer Aufgaben verwendet wurden und nicht für investive strukturpolitische Ausgaben des Staates. Längst prägte das neoliberale Paradigma des „schlanken Staates“ die Politik<sup>15</sup>, etwa mit der schlichten Formel „Weniger Steu-

---

<sup>14</sup> Abelshauser referiert die Schlussfolgerungen H. Schmidts aus einem Schlusswort einer Debatte mit der SPD-Bundestagsfraktion wie folgt: „Alles, was die sozial-liberale Regierung seit 1970 wirtschafts- und sozialpolitisch geleistet habe, rechnete der Kanzler vor, sei aus Quellen finanziert worden, die jetzt versiegt seien. Die Belastung der Arbeitnehmer ließ sich nach dem Anstieg der Abgabenquote von 34 auf 38% und bei einer Grenzsteuerbelastung von 49% nicht mehr weiter erhöhen. Die Kreditaufnahme aller öffentlichen Körperschaften hatte sich im gleichen Zeitraum von 1,5 auf 5% mehr als verdreifacht. Und der Anteil der Investitionen, der zugunsten von Leistungsgesetzen um ein Drittel – von 24,5 auf 16,5% - gesunken war, ließ sich mit Rücksicht auf die konjunkturelle Lage nicht weiter herunterfahren. Schmidt folgerte daraus: „Seit die Weltwirtschaftskrise voll auch auf unser Land durchschlägt, sind die Voraussetzungen, unter denen die eben geschilderte finanzwirtschaftliche Entwicklung der vergangenen 12 Jahre noch erträglich war, nicht mehr gegeben“ (Abelshauser 2009,524f).

<sup>15</sup> Ein paar Zahlen zu langfristigen Entwicklungen sind erhellend für eine im EU-Vergleich in Deutschland besonders ausgeprägte Entwicklung: Die öffentlichen Bruttoinlandsinvestitionen, in % des BIP nahmen in Deutschland von 4,7 (1970) auf 1,5% (2007) ab – von 1970 bis 1981 von 4,7 auf 3,7% - während es in der EU 15 (ohne Deutschland) 2007 noch bei 2,8% , in der EU 27 bei 2,5% lag. Nur Österreich lag mit 1,0% (2007) niedriger als die Bundesrepublik. Die Wachstumsraten der gesamten Staatsausgaben betrug in Deutschland im Jahresdurchschnitt 1998 bis 2007 -02% (nominal 1,4% Wachstum) gegenüber 2,1% bei der EU 15 (Nominalwachstum 4,1%). Dem steht in Deutschland eine Entwicklung der



ern – mehr Investitionen – Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit – neue Arbeitsplätze –Stärkung des privaten Konsums“, mit der das BMF die Aktualisierung des Stabilitätsprogramms vom Oktober 2000 begründete (BMF 2000,1). Etwa zu dieser Zeit waren die gewerkschaftlichen Programmdebatten (vgl. Martens 1997) im Zeichen der damals so interpretierten Herausforderung des „Rheinisch-Alpinen Kapitalismus“ durch das „Angelsächsische Modell“ auf die Verteidigung des Institutionengebäudes der industriellen Arbeitsgesellschaft gerichtet. Verglichen mit den Reformvorschlägen gegen Ende der 1970er Jahre (vgl. Strasser 1979) sind die Verteidiger des Sozialstaats nun deutlich in der Defensive. Es geht im Kern nur noch um Fragen der Finanzierbarkeit, nicht mehr um Fragen qualitativer Weiterentwicklungen angesichts neuer Herausforderungen. Unter Verweis auf aktuelle Prognosen wendet sich etwa U. Engelen-Kefer (1996) „gegen einen Wachstums- und Beschäftigungspessimismus“ (a.a.O. 114) und fordert die Verteidigung und aktive Gestaltung des Sozialstaates mit einem „Stück Mut zum Konservativismus“ (a. a. O. 116). Mit dem damaligen US-amerikanischen Arbeitsminister R. Reich plädiert sie dafür, den Sozialstaat nicht, wie die Neoliberalen, „als Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ zu definieren (a. a. O., 117). Die wichtigsten Voraussetzungen für die Sicherung der Zukunft des Sozialstaates seien „die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die Gewährleistung einer ausreichenden beruflichen Bildung sowie die Verkürzung und gerechte Verteilung der Arbeit“(a.- a. O. 130).<sup>16</sup>

Die gewerkschaftlichen Debatten mündeten hinsichtlich ihrer Sozialstaatskonzepte nach der Zukunftsdebatte der IGM (2001) in Diskussionen über ein neues Leitbild des aktiven Sozialstaats (Lessenich/Möhring-Hesse 2004, Lessenich u.a. 2005),

---

Staatseinnahmenquote von knapp 40% 1970 auf etwa 44% 2007, die 2007 vor den angelsächsischen Staaten, aber hinter Frankreich, den Niederlanden und Italien, vor allem aber den skandinavischen Ländern (Dänemark 55, Schweden 50%) liegt (vgl. Truger 2009a). Truger sieht in Deutschland „das eigentliche Problem“ in den „politischen Grenzen der Finanzierbarkeit“ (a. a. O. 248) investiver und konsumtiver staatlicher Ausgaben, deren Unterscheidung und unterschiedliche Bewertung seitens marktradikaler Ökonomen er scharf kritisiert (a. a. O. ,245f). Er schlussfolgert: „Die politischen Aussichten für eine Bewahrung des Wohlfahrtsstaates bei gleichzeitiger deutlicher Aufstockung der öffentlichen Investitionen in allen Bereichen sind daher gegenwärtig schlecht“ (a. a. O. 249).

<sup>16</sup> In der vom DGB dokumentierten Programmdebatte Mitte der 1990er Jahre ist der Kontrast dieser Position zu den Beiträgen aus Wirtschaft und wirtschaftsnaher Publizistik unübersehbar. Für den Hauptgeschäftsführer des DIHT R. Altmann (1996) z. B. hat „der Sozialstaat (...) seine Leistungsfähigkeit erschöpft“ (a. a. O. 52), sollte „der Unbegriff ‚Sozialstaat‘ zu den Akten gelegt werden“ (a. a. O. 53) und „Entstaatlichung“ an die Stelle dessen treten, „was wir mit diesem als Begriff verwendeten ‚Hilfszeitwort‘ Sozialstaat ausdrücken wollten“ (a. a. O. 56). Zum wenige Jahre später angesichts des weiter forcierten internationalen Wettbewerbsdrucks im Diskurs von New Labour erfolgreich in Stellung gebrachten Konzept des ‚aktivierenden Sozialstaates‘ vgl. Streeck/Heinze 1999.

dessen Finanzierung im Blick auf das „nordische Modell“ (vgl. Heintze 2008 u. 2009, Brödner u.a. 2009) steuerpolitisch für machbar gehalten wurde. Diese Debatte war allerdings, kaum dass sie begonnen worden war, mit den Beschlüssen der rot-grünen Bundesregierung zur Agenda 2010 schon wieder Makulatur. Deren Umsetzung von Konzepten eines „aktivierenden Sozialstaats“ (Giddens 1994, Streeck/Heinze 1999) im Sinne von New Labour muss als Reaktion auf die damalige neoliberale Fundamentalkritik des Sozialstaats verstanden werden.<sup>17</sup> Sie entsprach aber zugleich dem noch ungebrochenen „neoliberalen Einheitsdenken“ der Zeit (kritisch Scholz u.a. 2006) und trug den, nicht zuletzt durch die rot-grünen Steuerreformen stetig weiter reduzierten, finanziellen Spielräumen staatlicher Politik Rechnung (Vesper 2008, Truger 2009b).<sup>18</sup>

Im Sinne der 1984 von v. Oertzen 1984 aufgemachten Szenarien könnte man auch sagen: Ohne wirklich realitätstüchtiges alternatives Konzept erleben wir nach dem Ende des New Economy Hype unter der rot-grünen und später der großen Koalition eine Mischung von Durchwursteln, weiter fortgesetzter Aufkündigung wohlfahrtsstaatlicher Kompromisse und zugleich Bemühungen um Verstetigung des korporatistischen Konsenses bei Einschränkung des Kreises der Begünstigten. Spätestens mit der „neuen Weltwirtschaftskrise“ (Krugman 2009) ist dann klar geworden, dass diese pragmatische Anpassung an den neoliberalen Mainstream keine tragfähigen Perspektiven für sozialdemokratische Reformpolitik eröffnen konnte.

Man könnte hier auch argumentieren, dass Matthöfers Bemühungen, mit den Mitteln

---

<sup>17</sup> So schreibt etwa die von M. Miegel geleitete Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Kommission für Zukunftsfragen 1997,43): „Die Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme muss als produktiver Akt der Befreiung der Bevölkerung von der Vormundschaft des Staates gesehen werden. Die Bevölkerung kann auch größere Verantwortung übernehmen und so den Staat entlasten. Dann können Abgaben vermindert, die öffentlichen Haushalte konsolidiert, die Bürokratie eingeschränkt und Regulierung abgebaut werden. Der Weg ist frei für mehr Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft, individuelle Verantwortung und Freude an der Übernahme vertretbarer Risiken. An Stelle der Sozialstaatsorientierung unmündiger tritt die Gemeinschaftsorientierung mündiger Bürger“.

<sup>18</sup> Die rot-grünen Steuersenkungen zwischen 1998 und 2005 (u.a. Einführung einer, um die von Matthöfer noch intendierte strukturpolitisch innovative Seite bereinigten, Ökosteuer Senkung des Spitzensteuersatzes von 53 auf 42%) bewirkten Steuersenkungen um 2% des BIP oder in absoluten Zahlen von 38 Mrd. € in 2004 oder 44,6 Mrd. € in 2005 (Truger 2009b, 31). Truger argumentiert folgerichtig, dass ohne diese Steuersenkungen in den Jahren des konjunkturellen Einbruchs ab 2001 bis 2004 in keinem Jahr eine Überschreitung der 3%- Verschuldungsgrenze des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) der EU erforderlich gewesen wäre, die Bundesrepublik sich also durch die eigene Steuerreform ihrer Handlungsspielräume selbst beraubt hat (a.a.O. 32). Er führt weiter aus, dass sich die öffentlichen Ausgaben in der BRD im EU-Vergleich in diesen Jahren geradezu „atemberaubend restriktiv“ (a. a. O. 35).entwickelt haben (vgl. Fn. 14).

der Finanzpolitik die Voraussetzungen für eine umfassende Gestaltungsfähigkeit sozialdemokratischer Politik zu sichern, exakt zu dem Zeitpunkt der ökonomischen Nachkriegsentwicklung erfolgten und scheiterten, für den J. M. Keynes in seinen theoretischen Überlegungen zu langfristigen ökonomischen Entwicklungen unter den Voraussetzungen aufgeklärter politischer Eliten und Bürger angesichts zunehmend „überflüssigen Kapitals“ mit dem „sanften Tod des Rentiers“ und einer zunehmenden Sozialisierung von Investitionen gerechnet hat. Stattdessen sehen wir uns heute einer dramatisch zugespitzten Lage gegenüber. Am Vorabend der neuen Weltwirtschaftskrise (Krugman 2009) hatten sich nach Aussagen des Internationalen Währungsfonds in einem „globalen Geldtopf“ 70 000 Milliarden oder 70 Billionen Dollar angesammelt, die nach weiterer Verwertung suchten. Das ist nur der Teil der Weltersparnisse, die in festverzinslichen Wertpapieren angelegt waren. Es war also noch mehr Geld da. 70 Billionen Dollar ist mehr Geld, als in jedem Land der Welt in einem Jahr verdient und ausgegeben wird. J. M. Keynes war – in seiner „Allgemeinen Theorie...“ (1936) oder dem Text über die „Ökonomische Zukunft unserer Enkel“ (1943) noch davon ausgegangen, dass wir im Moment des Entstehens eines zunehmenden Überflusses an Kapital - mit dem er nach den ersten Jahrzehnten des Wiederaufbaus nach dem zweiten Weltkrieg in seinen Überlegungen zur längerfristigen ökonomischen Entwicklung rechnete (vgl. Zinn 2007) - und folglich eines Sinkens des Zinses für Leihkapital, einem Zustand entgegen gehen würden, den er als „sanften Tod des Rentiers“ gedeutet hat. Dabei unterstellt er, dass eine aufgeklärte Mehrheitsklasse in einem demokratisch verfassten politischen System mit gleichermaßen aufgeklärten politischen Eliten eine ausgeglichene Reichtumsverteilung durchsetzt – also das „überflüssige“ Kapital umverteilt und dass der Staat durch eine entsprechende Besteuerung für die Finanzierung seiner wachsenden Aufgaben sorgt und so eine Sozialisierung der Investitionen herbeiführt (Keynes 1971/7, 3,72-384 u.1971/9, 321-323, vgl. auch Zinn 1997).

Tatsächlich hat aber in dem Moment, in dem in den fortgeschrittenen westlichen Ländern eben dieser Überschuss an Kapital entstanden ist, mit „Thatcherism“ und Reagonomics“ der paradigmatische Wechsel hin zu einer angebotsorientierten Ökonomie durchgesetzt. Dessen Siegeszug geschah parallel mit der zunehmenden Ver selbständigung des Finanzsektors – u. a. infolge von politisch beschlossenen Rücknahmen von gesetzlichen Regelungen, die über Roosevelts Politik des New Deal nach der Weltwirtschaftskrise 1929 mühsam durchgesetzt worden waren<sup>19</sup> -, dem Aufstieg eines neuen Typus von Finanzmanagern, einer fortschreitenden Umvertei-

---

<sup>19</sup> So etwa die gesetzliche Trennung von Investmentbanken, bei denen genau genommen ja um Spekulationsgeschäfte und nicht um Investitionen geht, und von normalen Geschäftsbanken, die in den 1990er Jahren in der Regierungszeit von Bill Clinton in den USA aufgehoben wurde.

lung von unten nach oben, also gegenläufig zu der Erwartung von Keynes. Es ging also von Beginn dieses Rollbacks an immer auch um harte ökonomische Interessen von „Anlegern“, verbunden mit dem Versprechen, durch eine zunehmende Entfesselung der Märkte und verbesserte Renditechancen für Unternehmen – also bei den Global Players v. a. der Anteilseigner und „Anleger“ - die Grundlagen einer Wachstumsdynamik zu schaffen, von der schließlich alle, so der unumstößliche neoliberale Glaubenssatz, profitieren würden. Tatsächlich geschaffen wurde so die Basis fortgesetzter durchaus nicht so dynamischer privater Investitionstätigkeit.<sup>20</sup>, die ökonomisch, ökologisch<sup>21</sup> und sozial eher zunehmend weniger nachhaltig war. Die stattdessen aufgeblähten und entfesselten Finanzmärkte, von denen her die weitere ökonomische Entwicklung forciert werden sollte, wurden – entgegen den monetaristischen Gleichgewichtsmodellen - zunehmend instabil und Krisenanfällig (Krugman 2009, Vogl 2010). In den vorherigen wohlfahrtsstaatlich verfassten Ökonomien setzten sich zunehmend vertiefende soziale Spaltungsprozesse durch. Der lange Anlauf

---

<sup>20</sup> Vesper (2008,453) argumentiert in seinem Rückblick auf das Jahrzehnt von 1998 bis 2007, dass die Steuerentlastungen trotz ihres Umfangs wenig Erfolg (zeitigten). Die Investitionstätigkeit der Unternehmen war in den ersten Jahren nach Inkrafttreten der Steuerreform sogar rückläufig, und die privaten Haushalte erhöhten aus Unsicherheit ihre Sparquote. Insofern waren die Instrumente zur Beförderung der wirtschaftlichen Entwicklung in jener Zeit nicht adäquat gewählt.“

<sup>21</sup> Die „Rio-Deklaration“ der Konferenz der Vereinten Nationen für „Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro 1992 und der Agenda 21 zielten auf eine Stärkung der Rolle wichtiger gesellschaftlicher Gruppen und die Entwicklung neuer Beteiligungsformen. Damit verbanden sich Hoffnungen darauf, dass die 1990er Jahre zum einen Jahrzehnt ökologischer Erneuerung werden könnten. In der Bundesrepublik Deutschland ist der weitere Diskurs geprägt durch das Umweltgutachten des Sachverständigenrates der deutschen Bundesregierung von 1994, die Berichte der Enquetekommissionen des Bundestages von 1994 und 1998 „Schutz des Menschen und der Umwelt“ sowie die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ des Wuppertalinstituts für Klima, Umwelt und Energie, die 1995 im Auftrag von BUND und MISERIOR erstellt wurde. Ökologische Erneuerung wurde in diesem Kontext zu einer Herausforderung auch für die Gewerkschaften. Die Mobilisierung nicht nur von politisch administrativem System, Parteien Verbänden und Wirtschaft, sondern auch von weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren, Bürgern und Medien wäre am Beginn dieses Prozesses zu erhoffen gewesen. Tatsächlich sind Impulse eines deutlichen Demokratisierungsschubs in diesem Sinne eher ausgeblieben. Zwar hat der Sachverständigenrat für Umweltfragen deutlich der ökologischen Dimension eine vorrangige Rolle vor der sozialen und ökonomischen gegeben (Wolf, Paust-Lassen 2002, 23), dabei aber den „verantwortlichen homo oeconomicus (postuliert), der egoistisches unternehmerisches Handeln mit moralischem Handeln in Einklang bringt“ (Wolf, Paust-Lassen 2002,24) und so die Impulse der Agenda eher in ein übergreifendes neoliberales und entpolitisierendes Modernisierungskonzept eingepasst. Die erhofften „politischen Innovationen“ (Lange 2009) blieben weitgehend aus. Aktuelle Analysen bilanzieren die bislang eingesetzten Marktinstrumente zwar durchaus als „effizient und effektiv“ (v. Weizsäcker u.a. 2009, 286), plädieren dann aber für eine neue Balance zwischen Markt und Staat in Auseinandersetzung mit der „weltbeherrschenden Ideologie der vergangenen gut 20 Jahre“ (a. a. O. 331) und geben der Hoffnung Ausdruck, daß das Menschenbild des streitsüchtigen Egoisten und des homo oeconomicus (...) verblasst“ (a. a.-O. 369f).

in die jetzige „große“ ökonomische Krise hat damit also vor ca. 30 Jahren eingesetzt und sich im letzten Jahrzehnt vor Ausbruch der Finanzkrise weiter beschleunigt.

### 3. Lügen, Täuschung, Selbsttäuschung und Realitätsverlust in der Politik

Wenn man im Ergebnis einer ökonomischen Analyse der aktuellen Lage zu dem Schluss kommt, im Falle der Antikrisenpolitik der EU gegenwärtig dem „Triumph gescheiterter Ideen“ beizuwohnen (Lehndorff 2012), dann wird man notwendigerweise mit der Frage konfrontiert, ob man hier tatsächlich ein Maß an Irrtümern, Täuschungen und Selbsttäuschungen von Politik und diese beratendem ökonomischem Sachverstand unterstellen will, das im Ergebnis geradezu auf so etwas wie Wirklichkeitsverlust hinausläuft – eine Frage, die etwa P. Krugman in seinem jüngsten Buch mit unterschiedlichen Akzentsetzungen für die EU und für die USA positiv beantwortet.<sup>22</sup> Die Frage ist also, ob man sich der Erklärung Krugmans von einer absichtsvoll irreführenden und von bornierten ökonomischen Interessen geleiteten und mit scheinwissenschaftlichen Erklärungen unterlegten Politik anschließen, oder allgemein, wie die Historikerin B. Tuchman (1984), einmal mehr über „die Torheit der Regierenden“ klagen will. Bei solcher Frage nach Lügen, Täuschungen, Selbsttäuschungen und Realitätsverlusten der Politik liefert der Blick auf die jüngere politische Geschichte ein herausgehobenes Beispiel, in einem allerdings ganz anderen Politikfeld. Es handelt sich dabei um die US-amerikanische Außenpolitik der ersten Nachkriegsjahrzehnte im Zeichen des Kalten Krieges insbesondere in Südostasien. Deren Scheitern ist den zuständigen amerikanischen Politikern schließlich selbst zum Problem geworden. Die vom US Außenminister R. Mac Namara in Auftrag gegebenen Pentagonpapiere belegen dies. Und diese sind von der Philosophin und Politikwissenschaftlerin H. Arendt in einem Essay analysiert worden, der bis auf den heutigen Tag als besonders glanzvolles Beispiel politischer Essayistik gilt.

H. Arendt analysiert anhand der Pentagonpapiere einen Zusammenhang von „Täuschung, Selbsttäuschung, Image-Pflege, Ideologisierung und ‚Entwirklichung‘“ von Politik (Arendt 1971, 16). Sie beginnt dazu mit einigen ihrer bekannten grundlegenden Überlegungen zum Politischen. Durch politisches Handeln verändern wir die Welt aufgrund unserer geistigen Freiheit, das Wirkliche zu akzeptieren oder zu ver-

---

<sup>22</sup> Krugman (2012, 201ff) spricht von der „große(n) Lüge über die amerikanische Krise“ und - ausgehend von der Feststellung „dass in Europa nicht mit derselben Dreistigkeit wie in den USA Daten frisiert werden“ von der Annahme, dass dort „die meisten Politiker wirklich glauben, was sie da von sich geben. Deshalb spreche ich in diesem Fall nicht von der großen Lüge, sondern von der großen Täuschung“, und H. Flassbeck, Chefvolkswirt der UNO-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD) bescheinigt in einem Interview im Sommer 2012 der von der Deutschen Regierung forcierten Austeritätspolitik der EU „Wirklichkeitsverlust“ (Flassbeck 2012).

werfen. Dabei sind die Tatsachenwahrheiten über unsere soziale Wirklichkeit niemals über jeden Zweifel erhaben. Täuschung ist hier zu gewissem Grade leicht und verlockend, weil was der Lügner behauptet, ja wahr sein könnte und vielleicht eher zum Ausdruck bringt, was das Publikum zu hören wünscht. Geheimhaltung und Täuschung kennen wir deshalb seit den Anfängen der politischen Geschichte. Dabei ist unsere Fähigkeit zu lügen von unserer Anfälligkeit für Irrtümer, Illusionen, Gedächtnisfehler zu unterscheiden. In unserer Gegenwart schließlich sind, so Arendt, in Gestalt der Public-Relations-Manager der Regierung sowie ihrer professionellen „Problem-Löser“ in den ‚Denkfabriken‘ zwei neue Formen der Kunst des Lügens entstanden. Die einen betreiben Imagepflege, die anderen versuchen Handlungsprobleme durch ungeeignete ‚wissenschaftliche‘ pseudomathematische Modelle zu lösen.<sup>23</sup>

Bei den Pentagonpapieren geht es vor allem um Verheimlichung, Unwahrheit und bewusste Lüge, denn die Tatsachenberichte der Geheimdienste sind erstaunlich genau. Die Lügen produzieren vielmehr die Problem-Löser, und sie entwickeln sie „für den Hausgebrauch“, zur „Täuschung des Kongresses“, nicht etwa zum Zwecke militärischer Geheimhaltung. Es geht ihnen, wie Arendt zeigt, um das Image der Regierung und die Konzipierung dafür geeigneter Szenarien, und dies geschieht in Kenntnis der wahrscheinlichen Undurchführbarkeit der von ihnen empfohlenen Entscheidungen. Diese werden vornehmlich durchdacht und empfohlen im Hinblick auf Image-Pflege, nicht weil man durchschlagende militärische Erfolge erwartet. Es geht um den „Sieg in der Reklameschlacht um die Weltmeinung“ (a.a.O. 9). Die reale Niederlage fürchtet man weniger als ihr Eingeständnis. (a.a.O. 13 ) Dabei ist der Eifer, mit dem die Problem-Löser arbeiteten, aus Arendts Sicht schon erstaunlich.

Sie sieht sich konfrontiert mit einer eigensinnig festgehaltenen prinzipielle Mißachtung aller historischen, politischen und geographischen Tatsachen im Wege der Täuschung von Bevölkerung und gewählten Repräsentanten durch vermeintliche Problem-Löser. Diese werden - selbstsicher in ihrer herausgehobenen Position und verleitet von intellektueller Arroganz und einem völlig irrationalen Vertrauen in die Berechenbarkeit der Wirklichkeit - selbst zu betrogenen Betrügern. Aber „Urheber dieser selbstzerstörerischen Politik“ waren nicht die Problem-Löser „mit ihren streng ‚wissenschaftlichen‘ Methoden“, sondern die Ideologen aus der Zeit des Kalten Krieges“

---

<sup>23</sup> Arendt (1971, 13) argumentiert, dass Washington mit seinen Bürokratien „den Problem-Lösern eine gleichsam natürliche Heimat (geboten habe), in der sie mit der Wirklichkeit nie in Konflikt zu geraten brauchen“, vielmehr „in einer scheinbar wirklichen Welt“ lebten, und sie führt an anderer Stelle aus: „Leute, die Freude am Handeln haben und außerdem in Theorien verliebt sind, werden schwerlich die Geduld des Naturwissenschaftlers aufbringen, der abwartet, bis seine Theorien oder Hypothesen von den Tatsachen bestätigt oder widerlegt werden. Sie werden vielmehr versucht sein, die Wirklichkeit – die schließlich ja von Menschen gemacht ist und also auch anders hätte ausfallen können – ihrer Theorie anzupassen, um auf diese Weise wenigstens theoretisch das beunruhigende Moment der Zufälligkeit auszuschließen“ (Arendt 1971, 7, Hervorhebung im Original).

(a.a.O. 14). Resultat von alledem ist eine seelige Ahnungslosigkeit der politisch Handelnden.

Gleichwohl schränkt sie am Ende ihre Analyse im Blick auf die Lage in den Vereinigten Staaten zu Beginn der 1970er Jahre ein: Der Geist der Republik lebt noch, die Pressefreiheit als „Recht auf nicht manipulierte Tatsacheninformation funktioniert, und um mittels unerklärter aggressiver Kleinkriege imperialistische Politik zu betreiben bedürfte es schon erst eines tiefgreifenden Wandels des amerikanischen Nationalcharakters.“ (Arendt 1971, 18) Zwar möge sich das alles ändern können, aber aus ihrer Sicht – in Zeiten eines noch funktionierenden Wohlfahrtsstaates und der Fortschritte der Bürgerrechtsbewegungen - wird die Republik mit ihren Verfassungsmäßigen Garantien nicht zerstört werden.

Aber das goldene Jahrzehnt sozialdemokratischer Reformpolitik in Deutschland und Europa im Zeichen eines Ausbaus des Sozialstaats und einer Stärkung demokratischer Rechte seiner Bürger war Ende der 1970er Jahre schon vorüber. Heute erleben wir nach dreißig Jahren eines neoliberalen Rollbacks die in keiner Weise bewältigten Herausforderungen ökologischer Krisenentwicklungen, ökonomische Krisen und zunehmende gesellschaftliche Spaltungsprozesse und eine deutlich fortgeschrittene Krise der Demokratie: In den USA mit allen bekannten Entwicklungen seit den – nur unzulänglich aufgeklärten – Ereignissen von 09-11 (vgl. Böckers/Walther,2011), dem ´danach „erklärten“ Krieg gegen den Terrorismus, der Einrichtung von Gefangenenlagern wie Guantanamo, der Legitimierung von Folter, der Einschränkung von Freiheitsrechten usw.: oder auch in Europa im Zeichen der neuen Weltwirtschaftskrise zu deren Bewältigung im Interesse der Aufrechterhaltung erfolgter dreißigjähriger Umverteilung von unten nach oben die Aushöhlung demokratischer Rechte in den Mitgliedsstaaten durch das immer weniger „sanfte Monster Brüssel“(Enzensberger 2011) nachdrücklich forciert wird. Mit H. Arendt ist also nicht so gewiss auf den weiter lebendigen Geist der Republik zu setzen; und mit dem „Wunder der Politik“ (Arendt 1993), also einem Neubeginn, der Geist und verfassungsmäßige Verankerung der Republik von Neuem stärkt, ist nicht so ohne weiteres zu rechnen.

Hinzu kommt ein Weiteres: Durchaus nach dem Muster der Arendtschen Analyse von 1971 kann man auch einen Prozess von „Täuschung, Selbsttäuschung, Image-Pflege, Ideologisierung und ‚Entwirklichung““ von Politik in Bezug auf die Grundlinien neoliberaler Wirtschaftspolitik feststellen- und dieser dauert inzwischen schon länger als 25 Jahre an. Er vollzieht innerhalb eines Realprozesses mit ganz handfesten realen Interessen. In ihm geht es den wirtschaftlich und politisch Mächtigen aus den herrschenden Eliten darum, den stetigen Nachweis der Legitimation ihrer herausgehobenen Position zu erbringen. Die modernen Wohlfahrtsstaaten der ersten Nachkriegsjahrzehnte sind in diesem Sinne Ergebnis des Zusammenwirkens vielfältiger Entwicklungen und Entwicklungslogiken: sie gründen auf den politisch-institutionellen wie wirtschaftswissenschaftlichen Resultaten und Erfahrungen des New Deal als

Antwort auf die Weltwirtschaftskrise von 1929ff. Sie sind möglich aufgrund der Dynamik der Aufbauphase nach den ungeheuren Zerstörungen des 2. Weltkrieges. Sie können auf den im Kern seit den 1920er Jahren verfügbaren technologischen Grundlagen fordistischer Produktion und fordistischen Massenkonsums aufbauen und sie werden in der Zeit des Kalten Krieges durch die Systemkonkurrenz mit den staatssozialistischen Ländern zusätzlich gestützt. Nach der Implosion des Realsozialismus entsteht dann hieraus - geradezu in der Tradition des Denkens der kalten Krieger - so etwas wie eine sichere Gewissheit -, in der Systemkonkurrenz ein für allemal den Sieg davon getragen und das Ende der Geschichte (Fukuyama 1989) erreicht zu haben. Die Überlegenheit der Marktökonomien scheint ein für allemal historisch erwiesen. Ein neuer technologischer Schub durch die IuK-Technologien verleiht ihnen überdies scheinbar neue Dynamik. Der alte Traum von der Trias von „Arbeit, Fortschritt und Glück“, den eine nun wirklich historisch erledigte alte Arbeiterbewegung geträumt hat, kann nun wieder von den Protagonisten der kapitalistischen Marktökonomien geträumt werden, und den ihnen entsprechenden theoretischen Modellen der nun das Feld beherrschenden wirtschafts- und Sozialwissenschaften haftet in deren zukunfts-offenen systemischen Modellen, mathematisiert in den Gleichgewichtsmodellen der monetaristischen Ökonomie, so etwas wie ein Zug zu einer diesseitigen transzendierenden Unendlichkeit an.<sup>24</sup>

Dem entspricht eine starke Strömung innerhalb des wissenschaftlichen Denkens, die dahin tendiert, übergreifende Prozesse, gesellschaftliche Prozessstrukturen oder herrschende Diskurse, zum Subjekt historischer Prozesse zu erklären und geradezu über die Endlichkeit der irdischen Existenz einzelner Menschen aber auch der menschlichen Gattung in einer Art entgrenzter diesseitiger Transzendenz hinauszutreiben. Was so geschichtsmächtig wird, ist gewissermaßen ein Amalgam von Kapitalistischer Prozesslogik, technisch-wissenschaftlichem Machbarkeitswahn und dem Interesse der Angehörigen privilegierter Eliten am Fortbestand des Status Quo.

Es gibt diese Grundtendenzen selbstredend auch innerhalb der herrschenden ökonomischen Lehre, also im gewohnten Elfenbeinturm, zu dem die Denkfabriken noch hinzugekommen sind (vgl. Arendt 1971,13). Und man darf nicht außer Acht lassen – was Arendt im Verhältnis von Denkfabriken und kalten Kriegen, die sie unterhalten, m. E. tut – dass solche Denkfabriken interessiert finanziert werden und entsprechend arbeiten. Der amerikanische Begriff der think tanks bringt dabei im Übrigen markant

---

<sup>24</sup> Vgl. dazu die kritische Analyse des Literatur- und Kulturwissenschaftlers J. Vogl (2010), die darauf zielt zu zeigen, dass „Finanzmärkte als Märkte aller Märkte so operieren, dass sie mit rationalen Entscheidungsprozessen systematisch Unvernunft produzieren“ (Vogl 2010,174). Siehe dazu auch die durchaus wohlwollende Stellungnahme des Ökonomen M. Horvath (2011), der allerdings in seinen Überlegungen zu den „Herausforderungen der Interdisziplinarität“ unter Verweis auf Keynesianische Ansätze Wert auf die Feststellung legt, dass der Stand der ökonomischen Wissenschaften und die in ihr geführten Diskurse sehr viel differenzierter seien, als Vogl bei seinem Mut zu großen Linien nahelege.



zum Ausdruck, dass es hier vornehmlich darum geht, abweichende Auffassungen aus dem Weg zu räumen, gleichsam niederzuwalzen. Vorstellungen, die auch nur näherungsweise in Richtung eines herrschaftsfreien Diskurses gehen könnten, sind mit diesem Begriff jedenfalls ganz offenkundig nicht verknüpft. Und es gibt ein in den vergangenen 40 Jahren stetig weiter gewachsenes Gewicht von think tanks, mittels derer Meinungen durchgesetzt werden sollen; und diese think tanks arbeiten auch wieder, oder immer noch, in einem Raum, in dem ihre Problem-Löser nicht wirklich mit der Realität konfrontiert sind, für die sie vermeintliche Problemlösungen anbieten sollen.

Die rein intellektuellen Arroganz von professionellen Problem-Lösern und ihr völlig irrationalen Vertrauen in die Berechenbarkeit der Wirklichkeit, hier nach den Modellen der herrschenden ökonomischen Lehre, ausgehend von dem abstrusen Konstrukt des homo oeconomicus, treffen wir in Universitäten und Instituten/Denkfabriken wieder. Und wir haben auch hier die problematische Mischung von Wissenschaftlern und politisch Handelnden, von denen Arendt spricht. Zu erinnern ist daran, dass es mit J. Vogl (2010) ein Literaturwissenschaftler und Philosoph ist, der nach Ausbruch der neuen Weltwirtschaftskrise am Überzeugendsten in der Kritik des tatsächlich umgehenden „Gespenst des Kapitals“ und der neoliberalen Glaubenssätze, die daraus einen alternativlosen hilfreichen Geist zu machen suchen, die ernst zu nehmende Hypothese vom „Ende der Oikodizee“ formuliert hat - und sich im Übrigen völlig darüber im Klaren ist, dass er nach dem Erfolg seines Buches in den Feuilletons der großen deutschen Tageszeitungen zwar vermehrt zu einschlägigen Tagungen der wirtschaftlich Mächtigen eingeladen wird, dies aber im wesentlichen, um dort die Rolle des Hofnarren zu spielen (Busse, 2011).

Arendt spricht in ihrer Analyse der in die Eskalation des Vietnamkrieges und schließlich die Niederlage der Weltmacht USA mündenden amerikanischen Außenpolitik von einer Verkettung von „Täuschung, Selbsttäuschung, Image-Pflege, Ideologisierung und ‚Entwirklichung‘“ von Politik. Ich würde meinen, dass im Zusammen hang mit der „neoliberalen Konterevolution“ – so eine Formulierung von M. Friedman selbst – eine ebensolche Verkettung auszumachen ist. Ich hätte allerdings noch eine zusätzliche Akzentsetzung vorzuschlagen:

Bei diesem neoliberalen Rollback geht es um handfeste ökonomische Interessen, die hier durchzusetzen und zugleich durch eine sich stetig stabilisierende und verstärkende Verkettung von Täuschung. Selbsttäuschung, Image-Pflege und Ideologisierung zu verhüllen versucht werden – und im Falle des Vietnamkrieges war das in „Verlängerung“ des Kalten Krieges im Sinne ideologisch verdrehter und in kurzschlüssigen Analogieschlüssen gedachter vermeintlicher geopolitischer Interessen ja doch auch der Fall. In beiden Fällen brauchte oder braucht es zugleich lange Zeit, bis die darüber herbeigeführte ‚Entwirklichung‘ von Politik sich schließlich an der Wirklichkeit so klar erweist, dass Veränderungen erzwungen werden – entweder im Wege

eines selbstkritischen neu Nachdenkens, oder schlicht durch den Druck der wirklichen Verhältnisse.

Solche Veränderungen konstatierte, und erwartete, seinerzeit, H. Arendt im Rahmen der zumindest Institutionell gut befestigten Republik, deren Geist im Übrigen von hinreichend vielen und handlungsmächtigen Personen(gruppen) immer wieder im Konflikt aktuell verlebendigt werden könnte. Heute darf man da angesichts der eingetretenen offensichtlichen Krise der Demokratie nicht mehr ganz so sicher sein. Und der tieferliegende Grund dafür ist, dass die gegenwärtigen ökonomischen und ökologischen Krisenprozesse auf ein „Ende des Kapitalismus“ (Altvater 2006), ja „der Welt, wie wir ihn/sie kannten“ (Leggewie/Welzer 2009) zusteuern, was uns in der Tat vor die Frage stellt, ob und wie wir zur Bewältigung dieser Krisenprozesse ein „reiferes zivilisatorisches Modell“ (v. Weizsäcker 2009) erreichen können.

#### **4. Schlussfolgerungen angesichts der Herausforderungen zu ökonomisch, ökologisch, sozial und politisch-institutionell nachhaltiger Politik heute**

Meine Absicht hat darin gelegen, im Blick auf das Ende der kurzen Blütephase sozialdemokratischer Reformpolitik zu Beginn der 1980er Jahre herauszuarbeiten, dass wir hier tatsächlich einen politischen Wendepunkt finden, von dem an die Grundlagen dieser Reformpolitik fortschreitend erodieren und darauf noch keine neue politische Antwort in der Tradition sozialdemokratischer oder sozialistischer Politik gefunden worden ist. Durchgesetzt hat sich stattdessen eine neoliberale Politik behaupteter Alternativlosigkeiten. Sie läuft im Grunde darauf hinaus, Politik als Raum der Freiheit und des Streites (Arendt 1993; Ranciere 2002), in dem Partialinteressen überschreitende Kompromisse gesucht und gefunden werden können, grundsätzlich infrage zu stellen. Wenn heute in Europa mit dem Fiskalpakt das Haushaltsrecht demokratisch gewählter nationaler Parlamente zugunsten einer demokratisch so nicht legitimierten Bürokratie beseitigt werden soll dann liegt das ganz in der Konsequenz der mit der TINA-Politik der 1980er Jahre eingeleiteten Entwicklung.

Sicherlich hätte es in den folgenden Jahrzehnten, etwa zu Beginn der rot-grünen Koalition 1998 steuerpolitische Alternativen, und damit in den Krisenjahren nach dem Ende des New Economy Hype auch größere Spielräume staatlicher Politik, und damit auch staatlicher Sozialpolitik gegeben; Aber ihre Nutzung allein versprach und verspricht keine Antwort auf die immensen Herausforderungen in den Dimensionen ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit zukünftiger Entwicklung, und die aggressive Dominanz des „neoliberalen Einheitsdenkens“ dieser Jahre machte es zweifellos schwer, Mehrheiten für diese Alternativen zu Mobilisieren. Die inzwischen absehbare Folge ist eine auch zunehmende politisch-institutionelle Instabilität. Es ist deshalb – zumal angesichts der sich zuspitzenden europäischen Krise - hohe Zeit,

Halbheiten und Irrtümer sozialdemokratischer Reformpolitik nüchtern in den Blick zu nehmen, wenn man überzeugende Alternativen zu den Glaubenssätzen der, jedenfalls in Europa, immer noch durch den Mainstream neoliberalen Denkens geprägten Austeritätspolitik finden will.

Als Quintessenz der voranstehend skizzierten Entwicklung bleibt aus meiner Sicht festzuhalten:

- (1) Angesichts verschiedener – ökonomischer, ökologischer, sozialer und politischer -Krisenentwicklungen kann es nicht zielführend sein, immer nur pragmatisch Aushilfen für die je drängendsten Probleme, aktuell also die verkürzt als Schuldenkrise bezeichnete europäische Krise, zu suchen – und dabei entgegen vielfältiger empirischer Befunde auf die Selbstheilungskräfte des Marktes zu setzen und darauf zu vertrauen, dass die grundlegenden Steuerungsmechanismen kapitalistischer Ökonomie und korrespondierender parlamentarischer Demokratie schon weiter funktionieren werden, und sei es um den Preis der Aushöhlung demokratischer Rechte der Parlamente, wie derzeit beim Fiskalpakt offenkundig der Fall.
- (2) Ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit sind unverzichtbare Voraussetzungen institutioneller Nachhaltigkeit, also einer stabilen Weiterentwicklung der Demokratie. Damit geht es nicht nur um die Alternative zwischen angelsächsischem und rheinischem Kapitalismus, auch wenn es selbstverständlich - das „nordische Modell“ belegt das eindringlich – immer noch „varieties of capitalism“ gibt.
- (3) Es ist also, wiederum auch im Blick auf das „nordische Modell“, nicht zu bestreiten, dass es gegenwärtig in der Bundesrepublik unausgeschöpfte steuerpolitische Spielräume für eine Stärkung des Sozialstaates gibt. Ironischer Weise sind solche Spielräume gerade durch die Steuerreformen der letzten rot-grünen Bundesregierung zerstört worden. Eine Wiederherstellung und Nutzung solcher Spielräume innerhalb des bis auf den Tag herrschenden Mainstream-Denkens kann allerdings nur darauf hinauslaufen, dessen zerstörerische – und, wie sich in der jüngeren Vergangenheit nachdrücklich gezeigt hat, keineswegs sich systemisch selbst stabilisierende - innere Logik eine weitere Zeit lang so gut als möglich abzumildern.
- (4) Wirkliche neue Spielräume für eine ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung werden die auf mehr öffentliche demokratische Kontrolle, verstärkte demokratische Partizipation aller BürgerInnen, also gerade auch der Angehörigen der Unterklassen gerichteten gesellschaftlichen Kräfte und Organisationen aus alten, vergangenen und aus neuen bzw. wieder neu entstehenden sozialen Bewegungen aber nur gewinnen können, wenn es ihnen und den gegenüber ihren Impulsen offenen politischen Parteien gelingt, die Konturen eines alternativen ökonomischen Entwicklungsmodells zu umreißen.

- (5) Es geht der hier entwickelten Argumentation zufolge heute darum, den in den vergangenen dreißig Jahren als Bruch gegenüber den Lehren aus und sozialen Fortschritten nach der Weltwirtschaftskrise von 1929ff eingeschlagenen Entwicklungspfad grundlegend zu korrigieren und im Rahmen einer solchen Korrektur die erforderlichen und dann auch möglichen Weichenstellungen vorzunehmen, die zugleich ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit gewährleisten. Eine staatliche Steuerpolitik, die u.a. die Finanzierung eines aktiven Sozialstaates ermöglicht, würde dann Teil eines zurückgewonnenen Gestaltungsanspruchs von Politik auf Grundlage durchgreifender Änderungen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik wie auch in Bezug auf die Stärkung einer partizipativen Demokratie. Eine solche Politik müsste heute auf europäischer Ebene entwickelt und durchgesetzt werden. In genau diesem Sinne wäre ein neuer grüner New Deal als ein Schritt zu einer ergebnisoffenen großen Transformation einzuleiten.

Nähere Ausführungen hierzu, auch nur zur Richtung der Ausarbeitung von Konturen von Gestaltungszielen im Hinblick auf diese Kernpunkte, können nicht Gegenstand dieses Aufsatzes sein. Es lohnt sich aber, zum Schluss noch einmal etwas ausführlicher auf H. Arendt zurückzukommen. Für Ihr Denken gilt: Durch politisches Handeln verändern wir die Welt aufgrund unserer geistigen Freiheit, das Wirkliche zu akzeptieren oder zu verwerfen. Von dieser Einsicht ausgehend ringt sie gedanklich um die Bedingungen der Möglichkeit der Schaffung eines gesellschaftlichen und politischen Raumes, in dem „der Mensch ein handelndes Wesen wird“ (Arendt 1993, 182) auf diesem Planeten, an den wir gebunden sind. Dabei ist sie immer und in aller Konsequenz Partei der Entfaltung der menschlichen Begabung zur Politik, so wie Marx Partei der lebendigen Arbeit ist. Mit dem Marxschen Denken hat sie allerdings gleich mehrere, berechnete, Probleme. Dabei geht es nicht nur um ihre scharfe analytische Unterscheidung von Arbeiten, Herstellen und Handeln (vgl. dazu Martens 2008), die die eher problematische Auffassung nahelegen könnte, dass die Sphäre der Arbeit politischer, also demokratischer Gestaltung, mit entsprechenden Freiheitsräumen in der Arbeit selbst, nicht zugänglich ist. Sie stößt sich mindestens gleichermaßen an der im Hegel-Marxistischen Denken linear gedachten gesellschaftlichen Entwicklungslogik, mit der einem Denken auf so etwas wie ein Endziel hin Vorschub geleistet wird.<sup>25</sup> Ferner kritisiert sie bei Marx die vollständige Bestimmung des politischen Raums durch die Unterscheidung von Herrschern und

---

<sup>25</sup> In den nachgelassenen Schriften zur Politik heißt es dazu etwa: „Durch die Vorstellung einer Weltgeschichte wird die Vielheit der Menschen in ein Menschenindividuum zusammengeschmolzen, das man dann auch noch Menschheit nennt. Daher das Monströse und Unmenschliche der Geschichte, das sich erst am Ende voll und brutal in der Politik durchsetzt“ (Arendt 1993, 12). Und an anderer Stelle heißt es: „Als Marx meinte, man müsse die Welt verändern meinte er eigentlich, man müsse die Welt so einrichten, dass sie sich nicht mehr verändern könnte“ (a. a. O. 284).

Beherrschten, Ausbeutern und Ausgebeuteten, verbunden mit der Abqualifizierung kodifizierter Rechte als Ideologie und der der Konzipierung des Proletariats als der „Nichtklasse“ (vgl. auch Rancière 2002), die die Klassenspaltung aufheben können soll. Demgegenüber gilt aus ihrer Sicht: Sofern gesellschaftlich ein politischer Raum konstituiert und durch Gesetze geordnet ist, in dem wir als Menschen in unserer erdgebundenen Freiheit leben können, ist diese erdgebundene Existenz in Freiheit in unserer Gegenwart durch den durch menschliches Handelnd losgelassenen Prozess der Moderne auch bedroht. Aber für eben diesen Prozess bleibt immer auch konstitutiv, „dass jeder Mensch in diesem Raum der Freiheit ein neuer Anfang, in seiner ihm auf Erden gegebene Zeit als seiner Ewigkeit ist“ (Arendt 2003, 175f).

Die schroffe Frontstellung gegenüber späteren systemtheoretischen Konzepten, die jeden Primat der Politik bestreiten (Luhmann 1989) und immer nur Anschlussverhalten im Rahmen systemischer, oder systemisch gewordener Prozesse kennen, die ihrer jeweiligen Eigenlogik folgen – und dabei keineswegs, wie von der Theorie erwartet, stetig neu ihre eigenen Stabilitätsbedingungen hervorbringen – liegt auf der Hand.<sup>26</sup> Arendts Akzent liegt immer wieder auf dem öffentlichen Bereich des Handelns und Zusammenhandelns einzelner Menschen und seiner Beeinflussung durch das Denken entsprechend der Sokratischen Methode, „deren zusätzliche Funktion – so U. Ludz im Nachwort zu ihren Schriften über Politik – darin besteht, ideologisch verkrustete Meinungen, auch Institutionen aufzubrechen. (...) Impliziert ist die Annahme, dass Menschen, zwischen denen durch Denken und Handeln Macht entsteht, unmenschliche, nicht-menschenwürdige Zustände gemeinsam beseitigen und etwas Neues, Besseres begründen können.“ (Arendt 1993/2003, 168). Man dürfte nicht leicht andere AutorInnen finden, die so reflektiert und pointiert im Ergebnis ihrer historischen Analysen Demokratie in Anknüpfung an r tedemokratische Konzepte gedacht haben. Das „Wunder der Politik“ von dem sie in ihren nachgelassenen Schriften zur Politik gelegentlich spricht, also in ihrem Verständnis die tatsächliche Entfaltung der menschlichen Begabung zum politischen Handeln, ist mit ihr jedenfalls in solchen R tedemokratischen Traditionen zu denken. In der Tradition sozialistischen Denkens wäre dann vielleicht P. v. Oertzen (1976) ein korrespondierender Bezugspunkt.

Betrachtet man nun unter diesem zusätzlichen Blickwinkel die hier vorgelegte, von Arendts Überlegungen zur L ge in der Politik inspirierte Kritik eines inzwischen mehr als dreißigjährigen Prozesses von L ge, Täuschung, Selbsttäuschung Ideologisierung und Wirklichkeitsverlust geprägten neoliberalen Einheitsdenkens, das die herrschende (Berufs)Politik immer noch prägt und der gegenüber alle kritischen Einwände bislang wirkungslos geblieben sind, kommt man bezüglich der Arendtschen Kritik an der Hegel-Marxistischen Geschichtsmetaphysik zu einer

---

<sup>26</sup> Vgl. hierzu ausführlich und grundlegend Martens 2013.

bemerkenswerten Pointe: Wenn wir die Möglichkeit vergessen oder gar bestreiten – wie dies die Systemtheorie in radikalen Varianten tut – den durch menschliches Handeln losgelassenen Prozess der der Moderne politisch zu gestalten, und ggf. auch sehr grundlegend umzugestalten, gilt zwar immer noch, dass dieser menschengemachte Prozess zukunfts offen und deshalb prinzipiell menschlicher Gestaltung zugänglich ist. Gelingt uns aber solche Umgestaltung trotz erkennbar immer krisenhafterer Verwerfungen in seiner eigenlogischen Entwicklung nicht, dann bleibt zwar die Theorie im Recht, aber praktisch werden wir dann doch einen überwältigenden und letztlich katastrophisch werdenden „monströsen“ und „unmenschlich“ werdenden historischen Prozess über uns ergehen lassen. Die Alternative dazu ist und bleibt „das Wunder der Politik“, oder in den Worten von v. Oertzen eine „breite“ politische, und das heißt für ihn sozialistische, „Bewegung, die potentiell die Mehrheit der Gesellschaft umfaßt, die daher aufs engste mit der Gegenwart dieser Gesellschaft verflochten ist und die sich auf demokratischem Wege schrittweise aus dieser Gesellschaft vorwärts und gleichzeitig aus ihr herausarbeitet“ (v. Oertzen 1984, 147). Arendt würde sicherlich eine Formulierung wie „heraushandeln“ bevorzugen, und vermutlich hätte sie auch mit dem Attribut sozialistisch ihre Probleme. In der Sache aber ist sie mit ihrer Überzeugung, dass Menschen durch ihr Zusammenhandeln „unmenschliche, nicht-menschenwürdige Zustände gemeinsam beseitigen und etwas Neues, Besseres begründen können“, wie auch mit der 1962 formulierten These, dass „die abendländische Zivilisationsgemeinschaft vermutlich die letzte Chance abendländischer Kultur ist“ (Arendt 1974, 278), denkbar nah bei der zuvor zitierten Position – oder bei den neuen antikapitalistischen Bewegungen wie etwa Occupy Wallstreet, die heute wieder einmal dazu ansetzen, „das Wunder der Politik“ zu vollbringen.

### Literatur:

- Abelshausen, W. (2009): Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker, Unternehmer Hans Matthöfer, Bonn
- Allespach, M.; Bartmann, B. (2011): Dimensionen eines gesellschaftlichen Kurswechsels - Überlegungen zu gewerkschaftlichen Zielen und ihren Durchsetzungsstrategien, in: WSI-Mitteilungen, 12/2011, S. 619-628
- Altmann, R. (1996): Die Grenzen des Sozialstaates, in: Schulte, D. (Hg.): Erneuerung des Sozialstaates. Beiträge zur Reformdiskussion im Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften, Köln, S. 51-58
- Altvater, E. (2006): Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster
- Arendt, H. (1971) Lying in Politics, in: New York Review of Books, 18. 11. 1971, Nachdruck in: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 3/2004, S. 3-18
- Arendt, H. (1974): Über die Revolution, München-Zürich
- Arendt, H. (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, Hg. Von U. Ludz, München/Zürich

- Arendt, H. (2003): Denktagebuch (Hg. Von U. Ludz u. I. Nordmann), 2 Bände, Zürich
- BMF (2000): Deutsches Stabilitätsprogramm, Aktualisierung, Oktober 2000, Berlin
- Brödner, P.; Carl, F.; Heintze, C.; Oehlke, P.; Peter, G.; Zinn, K. G. (2009): Das nordische Modell – eine Alternative?, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2009
- Busse, C. (2011): „Ich bin doch in der Rolle des Narren hier“. Der Literaturwissenschaftler Joseph Vogl hat einen überraschenden Bestseller zur Wirtschaftskrise geschrieben – seine Meinung ist jetzt gefragt, SZ 19./20. 11. 2011
- Dienel, P.C. (1997): Die Planungszelle. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie, Opladen
- Engelen-Kefer, U. (1996): Weiterentwicklung und Reform, in: Schulte, D. (Hg.): Erneuerung des Sozialstaates. Beiträge zur Reformdiskussion im Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften, Köln, S. 113-131
- Enquetekommission (2012): 12 Thesen nach dem ersten Jahr Arbeit in der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, Deutscher Bundestag, Kommunikationsmaterialien M-17(26)17, 3. Februar 2012
- Enzensberger, H. M. (2011): Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas, Frankfurt am Main
- Europa Neu begründen! Den Marsch in den Ruin stoppen! Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen! [www.europa-neu-bewgruenden.de/index.html](http://www.europa-neu-bewgruenden.de/index.html)
- FNPA-JAHrestagung (2012) „Europakrise: Passive Revolutionen oder demokratische Aufbrüche?“, 23./24. März 2012, IG Metall-Bildungszentrum Berlin, Protokoll ([www.FNPA.de](http://www.FNPA.de))
- Flassbeck, H. (2012): Wir müssen den Kürzungssirrsinn beenden, Interview in: ver.di Publik 05/2012, S. 3
- Fricke, W.; Peter, G.; Pöhler, W. (1982): Beteiligen, Mitgestalten, Mitbestimmen – Arbeitnehmer verändern ihre Arbeitsbedingungen, Düsseldorf
- Fukuyama, F.D. (1989): The End of History? In: The National Interest, No. 16, Baltimore
- Galbraith, J. K. (2011): Warum wir einen grünen New Deal brauchen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.) (2011): Exit: ;Mit Links aus der Krise, Berlin, S. 109-117
- Glotz, P. (1986): Kampagne in Deutschland. Politisches Tagebuch 1981-1983, Berlin
- Grüner Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union. Fraktionsbeschluss vom 12. Januar 2012
- Hard, M.; Nergri, T.(2002): Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt a.M./Zürich
- Heil, R.; Hetzel, A.(2006): Die unendliche Aufgabe – Perspektiven und Grenzen radikaler Demokratie, in: dies. (Hg.): Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld, S. 7-23
- Heintze, C. (2008): Der aufhaltbare Abstieg in die polarisierte Ungleichheitsgesellschaft. Deutsche (Staats-)Anexoria und die skandinavische Alternative; Pankower Vorträge 120, Berlin  
,[http://www.axeltroost.de/article/2622.cornelia\\_heintze\\_der\\_aufhaltbare\\_abstieg\\_in\\_die\\_polarisierte\\_ungleichheitsgesellschaft.html](http://www.axeltroost.de/article/2622.cornelia_heintze_der_aufhaltbare_abstieg_in_die_polarisierte_ungleichheitsgesellschaft.html)
- Heintze, C. (2009): Der öffentliche Sektor im skandinavischen Modell, in W“SDI-Mitterlungen 5/2009, S. 268-274
- Hoffmann, C. (2012): Klotzen wie Keynes, in SZ 24.05. 2012
- Horvath, M. (2011): Die Herausforderung zur Interdisziplinarität. Erwägungen zum Verhältnis von Literatur- und Wirtschaftswissenschaften anhand von Joseph Vogls *Das Gespenst des Kapitals*, in: Scientia poetica: Jahrbuch für Geschichte der Literatur und Wissenschaften, Berlin, S. 331-348
- Jungk, R.; Müllert, N.R. (1981): Zukunftswerkstätten, Hamburg

- Keynes, J. M. (1971): The Collected Writings of John Maynard Keynes, Hgg. V. D. Moggridge für die Royal Economic Society, 30 vols, London-Basingstoke, 1971ff
- Krugman, P. (2009): Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt/New York
- Krugman, P. (2012): Vergesst die Krise! Warum wir jetzt Geld ausgeben müssen, Frankfurt/New York
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland, Teil III: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn
- Lange, H. (2010): Innovationen im politischen Prozess als Bedingung substantieller Nachhaltigkeitsfortschritte, in: Howaldt, J.; Jacobsen, H. (Hg.): Soziale Innovation. Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma, Wiesbaden, S.199-216
- Leggewie, C.; Welzer, H. (2009): Das Ende der Welt, wie wir sie kannten, Frankfurt am Main
- Lehndorff, S. (2012): Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt – Zehn Länderfallstudien, Hamburg
- Lessenich, S.; Möhring-Hesse, M. (2004): Ein neues Leitbild für den demokratischen Sozialstaat, Expertise für die Otto-Brenner-Stiftung
- Lessenich, S.; Nahles, A.; Peters, J.-; Stolterfoth, B. u.a. (2005): Den Sozialstaat neu denken, Hamburg
- Luhmann, N. (1989): Politische Steuerung. Ein Diskussionsbeitrag, in: Politische Vierteljahrsschrift 1/1989, S. 4-9
- Martens, H. (1997b): Rezension zu H. W. Meyer (1994 a. u. b. Beiträge zur Reformdiskussion im Deutschen Gewerkschaftsbund Bd. 1 u. 2 und Schulte, D. (1995 u. 1996) Beiträge zur Reformdiskussion im Deutschen Gewerkschaftsbund Bd. 3 u. 4, in: ARBEIOT; 1/1997, S. 114-118
- Martens, H. (1998): „Reflexive Demokratie – 25 Jahre Planungszelle. Es geht darum, die Bürgerrolle wirklich zu öffnen“ – Tagungsbericht, in: ARBEIT 2/1998, S. 179-181
- Martens, H. (2008): Primäre und sekundäre Arbeitspolitik und Öffentlichkeit. Zum Nutzen einer analytischen Unterscheidung in der Debatte um die Revitalisierung der Gewerkschaften, in: Lidner, U.; Nowak, J.; Paust-Lassen, P. (Hg.) (2008): Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit. Festschrift zum 65. Geburtstag von Frieder Otto Wolf, Münster
- Martens, H. (2013): Anschlussfähigkeit oder politische Subjektivierung. Münster (im Erscheinen)
- Oertzen, P. v. (1976) Betriebsräte in der Novemberrevolution ((2. erweiterte Auflage) Berlin .Bonn-Bad Godesberg (Erstauflage Düsseldorf 1963)
- Oertzen, P. v. (1984): Für einen neuen Reformismus, Hamburg
- Prokla, (2009): Heft 154. Mit Steuern steuern
- Rancière, J. (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Reitzig, J.; Peter, G.; Wolf, F.O., (2005/2006): Spandauer Thesen: Eine neue Politik der Arbeit für eine neue Zeit, [www.forum-neue-politik-der-arbeit.de](http://www.forum-neue-politik-der-arbeit.de), veröffentlicht in: Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Wolf, F.O. (Hg.) (2006): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster, S. 272-299
- Strasser, J. (1979): Grenzen des Sozialstaats? Soziale Sicherung in der Wachstumskrise, Frankfurt am Main
- Streeck, W.; Heinze, R. G. (1999): An Arbeit fehlt es nicht
- Tuchman, B. (1984): Die Torheit der Regierenden - Von Troja bis Vietnam, Frankfurt am Main
- Truger, A. (2009a): Die makroökonomische Bedeutung öffentlicher Investitionen und ihre Finanzierbarkeit, in: WSI-Mitteilungen 5/2009, 243-250.
- Truger, A. (2009b): Ökonomische und soziale Kosten von Steuersenkungen, in: PROKLA 154, Nr. 1/2009, S. 27-46



- Vesper, D. (2008): Vom Versuch der Rückwärtsrolle des Staates: Verteilungspolitische Aspekte der Finanzpolitik im Konjunkturverlauf, in: WSI-Mitteilungen 8/2008, S. 447-453
- Vogl, J. (2010): Das Gespenst des Kapitals, Zürich
- Wolf, F. O.; Paust-Lassen, P. (2002): Ökologie der Menschheit – Strategien der nachhaltigen Entwicklung als Transformationsaufgabe, Berlin
- Weizsäcker, E. U. v.; Hargroves, K.; Smith, M. (2010): Faktor Fünf. Die Formel für nachhaltiges Wachstum, München
- Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik (2010), Heft 58: Steuergerechtigkeit – umverteilen!
- Widmer, U. (2002): Das Geld, die Arbeit, die Angst und das Glück, Zürich
- Zinn, K.- G. (1997): Jenseits der Marktmythen. Wirtschaftskrisen: Ursachen und Auswege, Hamburg
- Zinn, K. G.(2007): Politische Kultur und beschäftigungspolitische Alternativen. Plädoyer für einen qualitativen Keynesianismus, in: Peter, G. (Hg.): Grenzkonflikte der Arbeit. Die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik, Hamburg, S. 48-76